

Die Entwicklung der österreichischen Privatversicherungswirtschaft seit 1959

Bei der Versorgung der österreichischen Wirtschaft mit Versicherungsleistungen werden durch die private Versicherungswirtschaft auf der einen Seite und die gesetzliche Sozialversicherung auf der anderen nebeneinander zwei Systeme praktiziert. Das dieser Strukturierung der Versicherungswirtschaft zugrundeliegende Prinzip der Unterscheidung zwischen freiwilliger und gesetzlich erzwungener Risikogemeinschaft wird in der Praxis allerdings durchbrochen. So besteht z. B. in der Sparte der Kfz-Haftpflichtversicherung auch im Bereich der Vertragsversicherungen gesetzliche Versicherungspflicht; umgekehrt gibt es im System der gesetzlichen Sozialversicherung verschiedene Möglichkeiten der freiwilligen Weiterversicherung.

Das österreichische Sozialversicherungssystem wird seit längerem in Institutsarbeiten erörtert¹⁾. Es wird hier nur insofern behandelt, als mögliche Wechselwirkungen zwischen Sozial- und Individualversicherung bestehen, die die Entwicklung der Vertragsversicherungen beeinflussen.

Im Bereich der privaten Versicherungswirtschaft sind zwei Gruppen von Unternehmungen zu unterscheiden. Die Gruppe der "kleinen Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit" setzte sich 1978 aus 44 Brandschadenversicherungsvereinen a. G., 38 Viehversicherungsvereinen a. G. sowie einem Rückversicherungsverein zusammen; insgesamt entfiel auf sie nicht einmal ein halbes Prozent der in Österreich geleisteten jährlichen Versicherungsprämien. Wegen ihrer geringen ökonomischen Bedeutung vernachlässigt die vorliegende Untersuchung daher die "kleinen Versicherungsvereine a. G." und befaßt sich ausschließlich mit der zweiten Gruppe, den im "Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs" organisierten "großen" Gesellschaften²⁾.

Diese Studie gibt einen Überblick über die Entwicklung der privaten Versicherungswirtschaft in Österreich seit 1959. Sie wurde sowohl nach den volkswirtschaftlichen Funktionen des Versicherungswesens und der damit verbundenen Typisierung der Versicherungsgeschäfte als auch nach den einzelnen Versi-

cherungssparten disaggregiert. Die auf diese Weise skizzierte Gliederung der folgenden Arbeit steckt überdies den Rahmen ab, in dem sich die in Form jährlicher Überblicksaufsätze geplante künftige Berichterstattung über die Vertragsversicherungen bewegen wird.

Das Datenmaterial

In Österreich werden derzeit von drei Stellen laufend Daten über die private Versicherungswirtschaft veröffentlicht. Das Bundesministerium für Finanzen publiziert in seiner Eigenschaft als Versicherungsaufsichtsbehörde seit 1959 jährlich die Bestandspositionen und die Erfolgsrechnungen der drei Hauptversicherungszweige³⁾ sowie die Betriebsergebnisse in den einzelnen Sparten der Schadens- und Unfallversicherung. Auch die vom "Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs" herausgegebenen jährlichen Geschäftsberichte weisen im wesentlichen dieselben Zeitreihen aus. Da sie rasch verfügbare Daten präsentieren wollen, beruhen die dort publizierten Werte teilweise auf vorläufigen Angaben und Hochrechnungen und umfassen außerdem nur das inländische Direktgeschäft. Eine weitere Informationsquelle sind schließlich die in den "Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank" veröffentlichten "Bestandspositionen der Vertragsversicherungsunternehmen". Diese Statistik beruht auf eigenen Erhebungen der OeNB und enthält u. a. die Quartalsendstände der wichtigsten Aktiva des Versicherungssektors.

Wird in den folgenden Ausführungen keine Datenquelle angegeben, so stützen sie sich auf die Versicherungssstatistik des Finanzministeriums. Dadurch ergab sich der Beginn des Untersuchungszeitraums mit dem Jahr 1959. Wo es notwendig erschien und möglich war, wurden jedoch auch die anderen Statistiken herangezogen.

Wie aus der kurzen Beschreibung der verschiedenen Datensätze hervorgeht, erfassen sie je nach dem Interesse der erhebenden Stelle nur ausgewählte Bereiche des Versicherungssektors oder -geschäfts. Zudem sind sie wegen der sachlichen und zeitlichen Erfassungsunterschiede sowie der voneinander abweichenden Gliederungen nicht immer vergleichbar.

³⁾ Es sind dies die Lebensversicherung, die Schadens- und Unfallversicherung sowie die Krankenversicherung.

¹⁾ Siehe zuletzt *G. Busch*, Entwicklungstendenzen der Pensionsversicherung, Monatsberichte 10/1978. Die jährliche Entwicklung der gesetzlichen Sozialversicherung wird jeweils im Folgejahr im Heft 5 der Monatsberichte des Institutes dargestellt.

²⁾ Auch in den in Tabelle 3.9 der Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank veröffentlichten "Bestandspositionen der Vertragsversicherungsunternehmen" sind die "kleinen Versicherungsvereine a. G." nicht enthalten.

Das hat zur Folge, daß sich verschiedene versicherungswirtschaftliche Kennzahlen nicht oder zumindest nicht in methodisch einwandfreier Form ermitteln lassen. Die wichtigsten Entwicklungstendenzen des Versicherungssektors konnten daher nur recht grob dargestellt werden. Die Untersuchung einer Reihe wichtiger Einzelfragen mußte hingegen infolge der beschränkten Aussagekraft des Datenmaterials unterbleiben.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Versicherungswirtschaft

Theoretische Aspekte

Die Stellung des Versicherungswesens in der Gesamtwirtschaft läßt sich nach der Art der Versicherungsgeschäfte unter zwei Gesichtspunkten beleuchten:

Die primären Versicherungsgeschäfte bestehen aus der Übernahme zufälliger und ungewisser Risiken. Als wichtigste Auswirkungen der damit verbundenen Umschichtung der Schadensfolgen vom einzelnen Versicherungsnehmer zur Gesamtheit der Versicherten lassen sich nennen:

- Die Abschwächung der sozialen Härten, die die Konzentration der Lasten von Personen- und Sachschäden auf Einzelwirtschaften mit sich bringt
- Die raschere Regeneration der Einzelwirtschaften nach Schadenfällen, sodaß die Störanfälligkeit der Wirtschaft insgesamt verringert wird
- Die Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, indem auch risikoreiche Produktionsvorhaben für einzelne Unternehmungen ökonomisch tragbar gemacht werden.

Diese Funktionen erfüllt eine Reihe ökonomischer Institutionen und Einrichtungen in ähnlicher Weise; neben den Privatversicherungen zählen dazu noch das Sozialversicherungssystem, die verschiedenen Formen der Unternehmensbeteiligungen, staatliche Ausfallhaftungen u. a.⁴⁾

In Ausübung der primären Versicherungstätigkeit werden bei den Versicherungen umfangreiche Kapitalfonds gebildet, die auf nationalen und internationalen Finanzmärkten veranlagt werden. Die Versicherungsnehmer fallen somit zusammen mit Banken, Bausparkassen u. a. in die Kategorie der Finanzintermediäre⁵⁾. Aufgabe dieser in entwickelten Geldwirtschaften verstärkt auftretenden Institutionen ist die

Vermittlung gesparter Finanz-Fonds. Die mit dieser Funktion der Versicherungsunternehmungen zusammenhängenden Tätigkeiten bilden den Bereich der sekundären Versicherungsgeschäfte. Ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung liegt vor allem in der durch sie bewirkten Ausweitung des Sektors der Finanzintermediäre, von der tendenziell ein expansiver Einfluß auf die Wirtschaft ausgeht.

Die Privatversicherungen unterscheiden sich von den meisten anderen Finanzierungsinstituten in erster Linie dadurch, daß sie auf Grund vertraglicher Bindungen mit einem relativ stetigen Mittelaufkommen rechnen können. Zumindest in der Lebensversicherung stehen ihnen außerdem die zufließenden Mittel auf sehr lange Frist zur Verfügung. Es ist den Versicherungen daher möglich, diese Mittel großteils langfristig zu veranlagern.

Der Beitrag der Privatversicherungen zum Brutto-Inlandsprodukt

Die nominelle Wertschöpfung der Versicherungsunternehmungen nahm von 1964 bis 1978 jährlich im Durchschnitt um 12,9% zu, die reale Wertschöpfung wuchs durchschnittlich um 6,0%⁶⁾. Damit zählten die Versicherungen im angegebenen Zeitraum zu den am raschesten expandierenden Sektoren der österreichischen Wirtschaft. Ein höheres reales Wachstum konnte im Dienstleistungsbereich nur das Geld- und Kreditwesen erzielen. Dementsprechend erhöhte sich der relative Beitrag der Versicherungswirtschaft zur Entstehung des realen Brutto-Inlandsproduktes von 0,9% im Jahre 1964 auf 1,2% im Jahre 1978. Diesen Anteil hatten die Versicherungen allerdings bereits 1968 erreicht. Während der Beitrag der Versicherungswirtschaft zum nominellen BIP auch danach noch anstieg, konnte der reale Beitrag nicht weiter ausgedehnt werden⁷⁾.

Der Beitrag der Versicherungen zum Brutto-Inlandsprodukt wird allerdings wieder im Ausmaß ihrer Nettokapitalerträge kompensiert, in deren Höhe sie am Entstehen der "imputierten Bankdienstleistungen" beteiligt sind. Bei diesen handelt es sich um einen negativen Korrekturposten, der die Summe der Wertschöpfungen aller "Industrien" vermindert. Damit wird berücksichtigt, daß Finanzierungsinstitute bei der Kreditgewährung Dienstleistungen erbringen, für die

⁶⁾ Den Berechnungen wurde die revidierte Fassung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrundegelegt. Vgl. *Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hrsg.): Österreichs Volkseinkommen 1964 bis 1977 — Neuberechnung, Beiträge zur österreichischen Statistik, Heft 525, Wien 1979*, insbesondere S. 115—117 und S. 151—152.

⁷⁾ Allerdings ist die Erfassung des Sektors Vermögensverwaltung, dem die Versicherungen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugerechnet werden, mit einer Reihe methodischer Probleme behaftet, sodaß insbesondere Vergleiche mit produzierenden Wirtschaftssektoren nur mit Vorbehalten gezogen werden dürfen.

⁴⁾ Siehe dazu *K. J. Arrow: Insurance, Risk, and Resource Allocation*, in: *Essays in the Theory of Risk-bearing*, Amsterdam-Oxford-New York, 1974.

⁵⁾ Siehe *J. G. Gurley — E. S. Shaw: Financial Intermediaries and the Saving-Investment Process*, *Journal of Finance* XI, 1959.

Übersicht 1

Beiträge der Privatversicherungen und des Geld- und Kreditwesens zur Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes

	Privatversicherungen				Geld- und Kreditwesen			
	Wertschöpfung nominell	Anteil am BIP	Wertschöpfung real ¹⁾	Anteil am BIP	Wertschöpfung nominell	Anteil am BIP	Wertschöpfung real ¹⁾	Anteil am BIP
	Mrd S	in %	Mrd S	in %	Mrd S	in %	Mrd S	in %
1964	2 15	0 9	2 15	0 9	5 28	2 3	5 28	2 3
1970	3 67	1 0	3 61	1 2	11 70	3 1	9 40	3 1
1978 ²⁾	11 79	1 4	4 88	1 2	36 85	4 4	20 25	5 0
Durchschnittliche jährliche Veränderung 1964/1970 in %	9 3		9 0		14 2		10 1	
Durchschnittliche jährliche Veränderung 1970/1978 in %	15 7		3 8		15 4		10 1	
Durchschnittliche jährliche Veränderung 1964/1978 in %	12 9		6 0		14 9		10 1	

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt — ¹⁾ Zu Preisen von 1964 — ²⁾ Vorläufige Werte

sie nicht direkt durch Gebühren, sondern über die Kreditzinsen entlohnt werden⁸⁾ Daß die Versicherungen in dieses Vorgehen einbezogen werden, beruht auf ihrer Funktion als Finanzintermediäre.

Die einzelnen Versicherungszweige

Im folgenden werden die wichtigsten Entwicklungstendenzen in der Lebensversicherung, in der Schadens- und Unfallversicherung sowie in der Krankenversicherung dargestellt Nur für diese Spartenaufteilung sind auf Grund der besonderen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen sowohl Strom- als auch Bestandsgrößen statistisch erfaßt Diese Gliederung wurde deshalb anderen, in der versicherungswirtschaftlichen Literatur ebenfalls üblichen Unterteilungen (wie z B. jener in Personen-, Haftpflicht- und Sachversicherungen) vorgezogen Für die Nachfrage nach privatem Versicherungsschutz sind je nach Sparte unterschiedliche Faktoren ausschlaggebend Während die Nachfrage nach Le-

bens- und Krankenversicherungen vermutlich in erster Linie vom persönlichen Bruttoeinkommen abhängt, dürfte der Bedarf an Sachversicherungsschutz eher mit gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregaten (z B. Investitionen, dauerhafter Konsum, Kfz-Nachfrage) verbunden sein Im Rahmen des vorliegenden allgemeinen Überblicks war es allerdings kaum möglich, auf die Vielzahl spezifischer und teilweise recht heterogener Nachfragedeterminanten in den einzelnen Sparten einzugehen Die Entwicklung der hier unterschiedenen Versicherungszweige wurde daher im wesentlichen nur in Relation zur globalen Wirtschaftsentwicklung untersucht Zu diesem Zweck wurden sowohl für den gesamten Untersuchungszeitraum als auch für fünf nach konjunkturellen Gesichtspunkten abgegrenzte Teilperioden die Elastizitäten der Prämieinnahmen in bezug auf das Sozialprodukt berechnet⁹⁾ Sie geben darüber Aus-

⁹⁾ Die Prämienelelastizitäten wurden aus der Formel

$$e = \frac{\ln P_{t+1} - \ln P_t}{\ln Y_{t+1} - \ln Y_t}$$

gewonnen Dabei steht P_t für die Brutto-Prämieinnahmen aus dem inländischen Direktgeschäft und Y_t für das Brutto-Nationalprodukt der Periode t , e ist die Elastizität Da das Brutto-Inlandsprodukt erst ab dem Jahr 1964 ausgewiesen wird, wurde den Berechnungen das Brutto-Nationalprodukt zugrundegelegt

⁸⁾ Siehe dazu J. Richter — W. Teufelsbauer. Zur Revision der Volkseinkommensrechnung Wirtschaftspolitische Blätter 1/2/1979, S 94ff

Übersicht 2

Bruttoprämieneinnahmen im inländischen Direktgeschäft

	Lebensversicherung		Krankenversicherung		Schadens- und Unfallversicherung		Insgesamt in Mill S
	in Mill S	in % der gesamten Bruttoprämien	in Mill S	in % der gesamten Bruttoprämien	in Mill S	in % der gesamten Bruttoprämien	
1959	447	14 0	432	13 6	2 305	72 4	3 184
1961	597	14 4	562	13 5	2 994	72 1	4 153
1963	788	15 2	726	14 0	3 668	70 8	5 182
1965	1 071	16 1	908	13 7	4 674	70 2	6 652
1967	1 423	16 7	1 127	13 2	5 965	70 1	8 516
1969	1 798	17 3	1 487	14 4	7 078	68 3	10 363
1971	2 359	17 4	1 957	14 4	9 254	68 2	13 570
1973	3 915	20 6	2 561	13 5	12 534	65 9	19 010
1975	4 960	20 8	3 615	15 2	15 214	64 0	23 789
1977	6 535	21 4	4 731	15 5	19 251	63 1	30 517
1978	7 445	22 2	5 219	15 6	20 881	62 2	33 545

Q: Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung

Übersicht 3

Prämienelastizitäten im inländischen Direktgeschäft¹⁾

	Lebens- versiche- rung	Kranken- versiche- rung	Scha- dens- und Un- fall- versiche- rung	Alle Sparten
1959/1962	1,54	1,46	1,32	1,37
1962/1967	1,90	1,45	1,53	1,58
1967/1971	1,34	1,46	1,17	1,24
1971/1975	1,61	1,33	1,08	1,22
1975/1978	1,59	1,44	1,24	1,35
1959/1978	1,60	1,42	1,26	1,34

¹⁾ Siehe Fußnote *) im Text

kunft, ob die Prämien in einem bestimmten Zeitraum langsamer, gleich schnell oder rascher gewachsen sind als das Sozialprodukt¹⁰⁾

Die errechneten und in Übersicht 3 ausgewiesenen "Prämienelastizitäten" unterschreiten nie den Wert 1. Vorweg läßt sich daher feststellen, daß die Bruttoprämien aus dem inländischen Direktgeschäft in allen drei Versicherungszweigen immer rascher oder zumindest genau so rasch wie das Sozialprodukt wuchsen. Ferner zeigt sich, daß die Prämieinnahmen in den einzelnen Sparten nicht nur trendmäßig, sondern auch im kurzfristigen Zeitablauf recht unterschiedlich verliefen

Die Lebensversicherungen

Gemessen am jährlichen Prämienaufkommen aus dem inländischen Direktgeschäft war die Lebensver-

¹⁰⁾ Vgl. auch: Der Strukturwandel in der Versicherungswirtschaft 1960 bis 1977, Sigma — Zeitschrift der Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft Nr 2, Februar 1979. Dort wurden mit Hilfe dieses Konzepts die langfristigen Entwicklungstendenzen der Privatversicherungen in zehn Industriestaaten untersucht

sicherung sowohl im Berichtszeitraum insgesamt als auch in fast allen Teilperioden die expansivste der hier unterschiedenen Versicherungssparten. Von 1959 bis 1978 stieg ihr Anteil am Prämienaufkommen des Versicherungssektors daher von 14,0% auf 22,2%

Die Lebensversicherungen erzielten ihre Prämieinnahmen nahezu ausschließlich im inländischen Direktgeschäft. Ihm entstammten im Durchschnitt der untersuchten Jahre rund 96% der vereinnahmten Bruttoprämien. Der Rest entfiel auf das ausländische Direktgeschäft sowie auf das inländische indirekte Geschäft. Die übernommenen Rückversicherungen gewannen zwar seit Anfang der siebziger Jahre zunehmend an Bedeutung, sie brachten dennoch nie mehr als 3% der gesamten Lebensversicherungsprämien. Umgekehrt wird in der Lebensversicherung wegen der mit ziemlicher Genauigkeit kalkulierbaren und im Einzelfall meist nicht übermäßig hohen Schadensbelastung nur ein geringer Teil des Bruttogeschäfts rückversichert. Die Selbstbehaltsquote — sie gibt das Verhältnis der Prämienbeiträge für eigene Rechnung (f. e. R.) zu den Bruttoprämien an — lag im langjährigen Durchschnitt etwas über 90%¹¹⁾

Mit den Prämienbeiträgen auf Grund eines Lebensversicherungsvertrags ist für die Versicherten in der Regel ein Sparvorgang verbunden, der dem Einlagensparen ähnlich ist. Bis zum Eintritt des Versicherungsfalls werden die Prämien von den Versicherungsunternehmen in bestimmten, gesetzlich weitgehend vorgeschriebenen Vermögenswerten veranlagt. Die dadurch zufließenden Vermögenserträge sind neben den Prämieinnahmen eine wichtige Quelle zur Finanzierung der Versicherungssummen;

¹¹⁾ Unberücksichtigt blieben dabei die Jahre 1977 und 1978, in denen die Selbstbehaltsquote auf fast 80% sank. Das ging auf die Änderung der Rückversicherungspolitik einer einzigen allerdings bedeutenden Lebensversicherungsgesellschaft zurück

Übersicht 4

Die Entwicklung der Lebensversicherungen

	Brutto- prämien	Netto- prämien	Selbstbehalts- quote	Erträge und Gewinne aus Vermögens- anlagen ¹⁾	Versicherungs- leistungen ²⁾ (netto)	Abschluß- kosten (netto)	Regieaus- lagen ³⁾ (netto)
	in Mill. S		in %	in Mill. S			
1959	479	429	89,6	94	110	59	95
1961	619	555	89,7	146	143	72	118
1963	815	737	90,4	233	220	105	149
1965	1 100	1 001	91,0	292	297	134	173
1967	1 458	1 332	91,4	392	430	183	204
1969	1 842	1 687	91,6	530	687	252	241
1971	2 440	2 222	91,1	720	895	376	309
1973	4 087	3 687	90,2	970	1 151	605	426
1975	5 168	4 687	90,7	1 581	1 623	727	562
1977	6 869	5 546	80,7	2 231	4 064	1 005	743
1978	7 702	6 326	82,1	2 457	2 090	1 153	736

Q: Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung. — ¹⁾ Abzüglich Aufwendungen für die Vermögensverwaltung. — ²⁾ Einschließlich Rückkäufe und Gewinnbeteiligungen. — ³⁾ Aufwendungen für die laufende Verwaltung Sozialleistungen. Aufwendungen für die Liquidierung der Versicherungsleistungen. Kostensteuern

Übersicht 5

Polizzenanzahl und Versicherungssummen in der Lebensversicherung
(Inländisches Direktgeschäft)

	Polizzenanzahl	Durchschnittliche Versicherungssumme ¹⁾
	(in 1 000 Stück)	in S
1959	3 437	2 346
1961	3 611	2 922
1963	3 770	3 684
1965	3 903	4 856
1967	4 016	6 268
1969	4 194	8 249
1971	4 352	11 083
1973	6 050	12 401
1975	6 228	16 649
1977	6 490	22 909
1978	6 720	28 675

Q: Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung und eigene Berechnungen — ¹⁾ Siehe Fußnote ¹²⁾ im Text

darüber hinaus werden sie bei entsprechender Ertragslage zum größten Teil als "Gewinnbeteiligungen" an die Versicherungsnehmer weitergegeben. Allerdings werden in der Versicherungsstatistik des Finanzministeriums die Vermögenserträge (abzüglich der Aufwendungen für die Vermögensverwaltung) gemeinsam mit den Gewinnen aus dem Verkauf von Kapitalanlagen ausgewiesen. Dieses Aggregat stieg im Durchschnitt der Jahre 1959 bis 1978 um 18,7% jährlich und betrug zuletzt rund ein Drittel des Bruttoprämienaufkommens.

Die Versicherungsleistungen (einschließlich Rückkäufe und Gewinnbeteiligungen) der Lebensversicherungen expandierten von 1959 bis 1978 jährlich im Durchschnitt um 16,8%. Eine Sonderentwicklung gab es im Jahr 1977, in dem sich die Leistungen gegenüber dem Jahr zuvor mehr als verdoppelten. Es handelte sich dabei um einen "Echo-Effekt", der auf den Vertragsboom des Jahres 1972 zurückging. Auslösendes Moment war das Hinaufsetzen der für die steuerliche Förderung notwendigen Mindestvertrags-

dauer von fünf auf zehn Jahre durch das Einkommensteuergesetz 1972 gewesen. Die zuvor noch zahlreich abgeschlossenen fünfjährigen Verträge wurden 1977 ausgezahlt. Ebenso rasch wie die Versicherungsleistungen wuchsen im Berichtszeitraum die Abschlußkosten, wogegen die Regieauslagen (Aufwendungen für die laufende Verwaltung, Sozialleistungen, Aufwendungen für die Liquidierung der Versicherungsleistungen, Kostensteuern) mit einer durchschnittlichen Jahreszuwachsrate von 11,4% nur mäßig stiegen.

Die Zahl der Verträge (Risiken) in der Lebensversicherung stieg von 3,4 Mill. im Jahr 1959 auf 6,7 Mill. im Jahr 1978. Noch mehr als das mengenmäßige Wachstum trug der deutliche Trend der Versicherungsnehmer zur Höherversicherung zur Dynamik dieser Sparte bei. Die durchschnittliche Versicherungssumme je Polizza¹²⁾ erhöhte sich im gleichen Zeitraum real (d. h. nach Ausschaltung der gleichzeitigen Preissteigerungen der Konsumgüter) auf das Viereinhalbfache und betrug zuletzt 22 675 S.

Die Lebensversicherer übernehmen sowohl Einzelrisiken als auch Kollektivrisiken in Form von Gruppenversicherungen. Die letztgenannten werden in erster Linie von Unternehmungen zugunsten der Gesamtheit oder einzelner Gruppen ihrer Mitarbeiter abgeschlossen. Nach Statistiken des österreichischen Versicherungsverbandes ist das Gruppengeschäft im Untersuchungszeitraum rascher gewachsen als das Einzelgeschäft. Ende 1978 stammte fast ein Drittel aller Lebensversicherungspolizzen aus Gruppenversicherungen; wegen ihrer geringeren durchschnittlichen Versicherungssumme hatten sie jedoch am insgesamt versicherten Kapital nur einen Anteil von 14,4%.

Unter den von Lebensversicherungsunternehmungen angebotenen Produkttypen dominieren die Kapitalversicherungen (ausgenommen Risikokapitalversicherungen), die vor allem als Er- und Ablebensversi-

¹²⁾ Bei den Rentenversicherungen wurde die Versicherungssumme der zehnfachen Jahresrente gleichgesetzt.

Übersicht 6

Die Struktur des Lebensversicherungsbestandes im Jahr 1978¹⁾
(Inländisches Direktgeschäft)

	Anzahl der Risiken		Versicherungssummen		Bruttoprämien	
	in 1 000 Stück	in %	in Mill. S	in %	in Mill. S	in %
Einzelversicherung	4 527	67,6	152 831	85,6	7 097	95,6
Großleben	1 386	20,7	114 864	64,3	6 008	80,9
Risikoversicherung	298	4,5	22 372	12,5	131	1,8
Renten und Erleben	32	0,5	3 694	2,1	238	3,2
Kleinleben	2 811	42,0	11 901	6,7	720	9,7
Gruppenversicherung	2 169	32,4	25 755	14,4	327	4,4
Kapitalversicherung exkl. Risiko	1 730	25,8	4 386	2,5	127	1,7
Risikoversicherung	419	6,3	20 187	11,3	139	1,9
Renten und Erleben	20	0,3	1 182	0,7	61	0,8
Leben gesamt	6 696	100,0	178 586	100,0	7 424	100,0

Q: Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs. Geschäftsbericht über den Zeitraum von 1. Juli 1978 bis 30. Juni 1979 — ¹⁾ Die Differenzen zwischen der vorliegenden Übersicht und den Übersichten 2 und 4 gehen auf die Unterschiede in den zugrundeliegenden Quellen zurück.

cherungen betrieben werden; auf sie entfielen 1978 fast 90% aller Risiken und rund drei Viertel des versicherten Kapitals. Dabei überwog, gemessen an der Polizzenzahl, die sogenannte Kleinlebensversicherung. Allerdings ist die Abgrenzung zwischen Groß- und Kleinlebensversicherung nicht eindeutig, da die Grenzen von Gesellschaft zu Gesellschaft verschieden und zudem im Zeitablauf variabel sind. Die anderen beiden vom Versicherungsverband statistisch erfaßten Vertragsformen sind die Risikokapitalversicherung (kurze Ablebensversicherung) mit zuletzt rund 11% aller Lebensversicherungspolizen sowie die Rentenversicherungen (weniger als 1% der Risiken). Beiden Versicherungsformen ist gemeinsam, daß sie in der Gruppenversicherung eine relativ größere Bedeutung haben als in der Einzelversicherung.

Das rasche Wachstum des Lebensversicherungsgeschäfts bei den Privatversicherern ist umso bemerkenswerter, als gleichzeitig auch das soziale Pensionsversicherungssystem kräftig ausgeweitet wurde. Ausschlaggebend für die letztgenannte Entwicklung war, neben demographischen und sozio-ökonomischen Faktoren, in erster Linie die seit den fünfziger Jahren betriebene Politik, den Versicherungsschutz sukzessive auf immer neue Berufs- und Bevölkerungsgruppen auszudehnen¹³⁾ So erhöhte sich die Versichertenquote bei den Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft im beschriebenen Zeitraum von rund 56% auf 72%, jene der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft von rund 63% auf fast 77%.

Der weitgehende Ausbau des staatlichen Sozialversicherungssystems wirkt sich natürlich auf die Art des privaten Versicherungsangebots aus. Davon betroffen sind neben den hier behandelten Lebensversicherungen noch die privaten Kranken- und Unfallversicherungen. In einer mit sozialem Versicherungsschutz unterversorgten Volkswirtschaft kommt es

darauf an, den vom Sozialversicherungssystem nicht erfaßten Bevölkerungsgruppen überhaupt die persönliche Vorsorge mit gleichzeitiger Absicherung gegen Krankheits-, Unfall- und Mortalitätsrisiken zu ermöglichen. Demgegenüber haben die privaten Personenversicherer in Wirtschaften mit einem entwickelten Sozialversicherungssystem dessen Funktion in seinen Aufgaben zu ergänzen. Langfristig dürften sich daher der soziale und der private Versicherungsschutz eher wie komplementäre als wie miteinander konkurrierende Güter entwickeln.

Daß die Lebensversicherungssparte in der untersuchten Periode trotz der fortschreitenden Ausweitung des sozialen Versicherungsschutzes kräftig expandierte, hängt zweifellos in hohem Maße mit der Gestaltung der staatlichen Sparförderung zusammen. Nach dem österreichischen Einkommensteuerrecht können Prämienbeiträge zu einer freiwilligen Personenversicherung als Sonderausgaben geltend gemacht werden, die bis zu gewissen Höchstbeträgen die Steuerbemessungsgrundlage vermindern. Ebenso sind Prämienbeiträge, die von Unternehmungen für Lebensversicherungen zugunsten der Mitarbeiter geleistet werden, in einem bestimmten Ausmaß von der Einkommensteuer befreit. Das mit diesen Bestimmungen verfolgte sozialpolitische Ziel ist die Stärkung der längerfristigen Eigenvorsorge auf individueller und betrieblicher Basis. Es wird am ehesten in der Er- und Ablebensversicherung sowie in der lebenslänglichen Todesfallversicherung erfüllt, da bei diesen Vertragsformen die vereinbarte Versicherungssumme auf jeden Fall ausbezahlt wird¹⁴⁾.

Bei sämtlichen geförderten Sparformen kommt es im Zuge erwarteter Eingriffe in ihr Zins- und Fristigkeitsgefüge immer wieder zu Booms und daraus sich ergebenden starken Schwankungen. Aus diesem Grund ist der jahresweise Vergleich zwischen den

¹³⁾ Vgl. dazu *F. Butschek*, Die Pensionsversicherung der gewerblichen Wirtschaft, Monatsberichte 8/1964, sowie *G. Busch*, a a O S 498 ff.

¹⁴⁾ Hingegen wird in der Risikokapitalversicherung die Versicherungssumme nur dann ausbezahlt, wenn der Todesfall im versicherten Zeitraum eintritt.

Übersicht 7

Die Entwicklung des staatlich geförderten Sparvolumens
(Jahresendstände)

	Bausparvolumen		Prämiensparvolumen		Volumen steuerbegünstigt erworbener Rentenwerte		Forderungen der Versicherten gegen Lebensversicherungsunternehmen ¹⁾		Gesamtolumen in Mill. S
	in Mill. S	in % des Gesamtvolumens	in Mill. S	in % des Gesamtvolumens	in Mill. S	in % des Gesamtvolumens	in Mill. S	in % des Gesamtvolumens	
1970	11 324	50,6	984	4,4	1 206	5,4	8 847	39,6	22 361
1971	13 363	49,6	1 264	4,7	2 160	8,0	10 141	37,7	26 928
1972	15 774	49,5	1 654	5,2	2 705	8,5	11 757	36,9	31 890
1973	21 063	49,4	5 032	11,8	2 297	5,4	14 251	33,4	42 643
1974	25 997	46,7	10 483	18,8	2 118	3,8	17 018	30,6	55 616
1975	31 293	43,5	16 860	23,4	3 619	5,0	20 222	28,1	71 994
1976	38 820	40,4	25 465	26,5	7 679	8,0	24 029	25,0	95 993
1977	42 776	44,9	18 517	19,4	8 249	8,7	25 818	27,1	95 360
1978	49 750	43,0	23 682	20,5	11 734	10,1	30 630	26,5	115 796

Q: OeNB Österreichische Kontrollbank eigene Berechnungen — ¹⁾ Siehe Fußnote ¹⁶⁾ im Text

einzelnen Anlageformen oft verzerrt und wenig aufschlußreich. Nimmt man daher einen längerfristigen Vergleich vor, zeigt sich, daß das Lebensversicherungssparen seit 1964 hinter anderen begünstigten Sparformen zurückgeblieben ist. Bis 1970 wuchsen die Forderungen gegen Lebensversicherungsunternehmen¹⁵⁾ noch ebenso rasch wie das Prämienparvolumen, nur die Bauspareinlagen expandierten merklich rascher. Seit dem Jahr 1970 — ab diesem Zeitpunkt liegen außerdem zuverlässige Daten über das steuerbegünstigt gezeichnete Rentenwertvolumen vor — hat sich jedoch der Anteil des Lebensversicherungssparens am insgesamt geförderten Sparvolumen stark verringert.

Die Krankenversicherungen

Die privaten Krankenversicherer sind praktisch nur im inländischen Direktgeschäft tätig. Ihr Anteil an den dabei von der Versicherungswirtschaft insgesamt eingenommenen Prämien erhöhte sich im dargestellten Zeitraum nur geringfügig. 1978 machten die Krankenversicherungsprämien mit 5,2 Mrd. S 15,6% der Bruttoprämien aller Sparten aus. In der Krankenversicherung werden die übernommenen Risiken in noch geringerem Maße rückversichert als in der Lebensversicherung; dementsprechend lag die Selbstbehaltquote im Durchschnitt der untersuchten Jahre bei fast 99%.

Die Prämieinnahmen blieben mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von etwa 14% hinter dem Anstieg der Versicherungsleistungen (+ 15%) zurück. Die Schadenquote¹⁶⁾ nahm daher von Anfang der sechziger Jahre bis 1975 um mehr als

¹⁵⁾ Sie entsprechen den "technischen Verbindlichkeiten" der Lebensversicherungsunternehmen.

¹⁶⁾ Die Schadenquote ist eine versicherungswirtschaftliche Kennzahl, die den Schadenaufwand (Leistungen und Dotierung

zehn Prozentpunkte auf rund 72% zu; danach war sie bis 1977 eher wieder rückläufig. Genauso rasch wie die Leistungen für Versicherungsfälle expandierten die Auszahlungen für Prämienrückerstattungen und Gewinnanteile. Zu ihrer Finanzierung stehen den Versicherungsunternehmen neben den Prämienbeiträgen auch die Vermögenserträge zur Verfügung. Allerdings lassen sich — wie bereits bei den Lebensversicherungen festgestellt wurde — an Hand der von der Aufsichtsbehörde publizierten Daten die Vermögenserträge nicht von den Kapitalgewinnen trennen. Beide Einnahmenströme zusammen expandierten durchschnittlich um mehr als 17% im Jahr. Ihr Niveau erreichte jedoch auch zuletzt nicht mehr als 6³/₄% der Prämieinnahmen. Die Differenz zwischen der Entwicklung der Prämien und jener der Leistungen wurde, zumindest teilweise, durch das langsamere Wachstum der Regieauslagen (Schadenbearbeitungskosten, Aufwendungen für die laufende Verwaltung, gesetzliche und freiwillige Sozialleistungen, Kostensteuern) ausgeglichen.

Die Expansion der Versicherungsleistungen stand in der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums verstärkt unter dem Einfluß der rapiden Preissteigerungen im Gesundheitssektor. Allerdings läßt sich das Wachstum der Leistungen erst ab 1973 in eine Mengen- und eine Preiskomponente zerlegen, da erst ab diesem Zeitpunkt zuverlässige Angaben über die Zahl der

der Schadensrückstellungen) und die abgegrenzten, d. h. der jeweiligen Rechnungsperiode zugerechneten Prämieinnahmen zueinander in Verhältnis setzt. Wegen fehlender Daten war bei den hier ausgewiesenen Schadenquoten eine Abgrenzung der Prämien nicht möglich. Der dadurch bedingte Niveaufehler dürfte jedoch gering sein, da Krankenversicherungsprämien in der Regel in unterjährigen Abständen entrichtet werden, sodaß die Prämienüberträge in das jeweils nächste Jahr kaum ins Gewicht fallen. Dementsprechend stehen im Nenner der vorliegenden Schadenquoten die laufenden Prämieinnahmen (einschließlich Nebenleistungen), im Zähler der Schadenaufwand. Dabei wurden alle Größen um die Anteile der Rückversicherer vermindert.

Übersicht 8

Die Entwicklung der privaten Krankenversicherungen

	Prämieinnahmen (netto) einschließlich Nebenleistungen	Versicherungsleistungen (netto)	Schadenaufwand ¹⁾ (netto)	Schadenquote ¹⁾	Erträge und Gewinne aus Vermögensanlagen ²⁾	Auszahlungen für Prämienrückvergütung und Gewinnanteile	Abschlußkosten ³⁾ (netto)	Regieauslagen ⁴⁾ (netto)
1959	432	255	—	—	17	13	33	73
1961	562	331	—	—	23	25	43	89
1963	724	428	437	60,4	31	33	53	111
1965	910	579	596	65,5	41	39	63	136
1967	1 135	738	760	67,0	48	45	80	167
1969	1 491	964	989	66,3	68	51	108	203
1971	1 936	1 263	1 297	67,0	91	83	154	252
1973	2 539	1 688	1 749	68,9	120	90	225	320
1975	3 580	2 466	2 583	72,2	194	112	298	428
1977	4 710	3 206	3 331	70,7	287	152	370	521
1978	5 189	3 516	3 586	69,1	350	178	389	580

Q: Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung, eigene Berechnungen. — ¹⁾ Siehe Fußnote ¹⁷⁾ im Text. — ²⁾ Abzüglich Aufwendungen für die Vermögensverwaltung. — ³⁾ Provisionen und sonstige Aufwendungen für die Außenorganisation. — ⁴⁾ Schadenbearbeitungskosten, Aufwendungen für die laufende Verwaltung, Sozialleistungen, Kostensteuern.

Risiken, Leistungsfälle und Versicherungsleistungen in der Krankenversicherung seit 1972

	Anzahl der Risiken		Leistungsfälle		Versicherungsleistungen (brutto)	
	in 1 000	1973 = 100	in 1 000	1973 = 100	in Mill S	1973 = 100
1972	2 100 ¹⁾	94	—	—	1 514	88
1973	2 228	100	563	100	1 729	100
1974	2 344	105	616	109	2 054	119
1975	2 285	103	653	116	2 511	145
1976	2 435	109	666	118	2 946	170
1977	2 703	121	672	119	3 248	188
1978	2 770	124	695	123	3 559	206

Q: Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs Bundesministerium für Finanzen — ¹⁾ Schätzung des Versicherungsverbandes

jährlichen Schadenfälle in der Krankenversicherung vorliegen. Dabei zeigt sich, daß von 1973 bis 1978 die Schadenfälle jährlich im Durchschnitt nur um 4½% zunahm, während die Versicherungsleistungen im gleichen Zeitraum um 15½% jährlich stiegen. Daraus errechnet sich eine Erhöhung des Leistungsaufwands je Schadenfall um 10½% im Jahr. Im Vergleich dazu betrug die jährliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex weniger als 7%. Der Unterschied zwischen der gesamtwirtschaftlichen Teuerung und jener im Gesundheitswesen dürfte zu einem großen Teil der sogenannten "übergeordneten Inflation" zuzurechnen sein, die auf den medizinisch-technischen Fortschritt und die damit verbundenen Verbesserungen in den Untersuchungs-, Behandlungs- und Pflegemethoden zurückgeht.

Im Gegensatz zum Lebensversicherungsgeschäft wurde die Entwicklung der privaten Krankenversicherungen durch den Ausbau des Sozialversicherungssystems in den letzten beiden Jahrzehnten zunächst nachweisbar beeinträchtigt. Dies war vermutlich deshalb der Fall, weil sich die Deckungsbereiche der pri-

vaten Vollversicherungen und der gesetzlichen Krankenversicherung weitgehend überschneiden. Hinzu kommt, daß in der Krankenversicherung zum Unterschied von der Lebensversicherung die Versicherungsverhältnisse nicht auf Grund langfristiger Verträge fixiert sind. Mitte der sechziger Jahre, als die gesetzliche Krankenversicherung auf die in der Landwirtschaft selbständig Tätigen ausgedehnt wurde, gingen daher bei den privaten Krankenversicherungen die Vollversicherungen zurück. Dies konnte erst später durch die Ausweitung der Zusatzversicherungen ausgeglichen werden. Dennoch expandierten die Risiken in der Krankenversicherung von 1972 bis 1978 — nur für diesen Zeitraum sind sie einigermaßen genau erfaßt — mit einer durchschnittlichen Jahreszuwachsrate von 4½% viel rascher als die Lebensversicherungspolizzen (+ 2%). Dies dürfte hauptsächlich auf die geringere Marktsättigung bei den Krankenversicherungen zurückzuführen sein, die im Durchschnitt der letzten sieben Jahre des Berichtszeitraums nicht einmal halb soviel Risiken (rd 2,4 Mill.) auswies wie die Lebensversicherungen.

Übersicht 10

Die Entwicklung des Versichertenstandes in der gesetzlichen Krankenversicherung

	Beitragszahlende Krankenversicherte	Ohne Beitragsleistung mitversicherte Angehörige	Anspruchsberechtigte insgesamt	
			in 1 000 Personen	in % der Wohnbevölkerung
1959	3 620	1 793	5 413	77,2
1961	3 691	1 830	5 521	77,9
1963	3 774	1 873	5 647	78,7
1965	4 186	2 482	6 668	91,6
1967	4 249	2 394	6 643	90,7
1969	4 344	2 398	6 742	91,2
1971	4 435	2 422	6 857	91,9
1973	4 521	2 643	7 164	95,2
1975	4 600	2 684	7 284	96,9
1977	4 724	2 689	7 413	98,6
1978	4 751	2 687	7 438	99,1

Q: Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger eigene Berechnungen

Die Schadens- und Unfallversicherungen

Der Anteil der in dieser Kategorie zusammengefaßten Sparten an den im inländischen Direktgeschäft eingenommenen Bruttoprämien ging zwischen 1959 und 1978 von 72% auf 62% zurück. Die Schadens- und Unfallversicherungsprämien wuchsen nicht nur im Untersuchungszeitraum insgesamt unterdurchschnittlich, sondern auch in allen hier abgegrenzten Teilperioden (vgl. Übersicht 3). Insbesondere in den Jahren von 1971 bis 1975 expandierten sie deutlich langsamer als die Lebens- und Krankenversicherungsprämien.

Die Schadens- und Unfallversicherungen bilden allerdings zusammen ein sehr heterogenes Aggregat. Als Versicherungsnehmer treten — mit unterschiedlichem Schwergewicht in den einzelnen Sparten — sowohl Wirtschaftsunternehmungen als auch Haushalte auf. Daneben sind die Schadensversicherungssparten in unterschiedlicher Weise mit der Entwicklung

Die Entwicklung der Schadens- und Unfallversicherungen

	Bruttoprämien	Nettoprämien	Selbstbehaltsquote	Inländisches Direktgeschäft in % der Bruttoprämien	Erträge und Gewinne aus Vermögensanlagen ¹⁾	Versicherungsleistungen (netto)	Provisionen und sonstige Organisationskosten (netto)	Regieauslagen ²⁾ (netto)
	in Mill. S		in %			in Mill. S		
1959	3 312	2 200	66,4	69,6	172	927	354	496
1961	4 490	3 098	69,0	66,7	250	1 345	500	620
1963	5 663	3 992	70,5	64,8	293	1 944	712	774
1965	7 105	5 113	72,0	65,8	362	2 617	887	884
1967	8 646	6 469	74,8	69,0	504	3 458	1 189	1 096
1969	10 416	8 083	77,6	68,0	679	4 402	1 600	1 343
1971	13 801	10 853	78,6	67,1	814	6 232	2 039	1 603
1973	17 706	14 006	79,1	70,8	1 052	7 755	2 568	2 133
1975	20 795	16 158	77,7	73,2	1 453	9 126	2 936	2 757
1977	25 918	20 566	79,4	74,3	1 884	11 124	3 790	3 374
1978	28 392	22 322	78,6	73,5	2 197	11 823	4 223	3 661

Q: Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung — ¹⁾ Abzüglich Aufwendungen für die Vermögensverwaltung — ²⁾ Schadenbearbeitung und -verhütung, Aufwendungen für die laufende Verwaltung, Sozialleistungen, Kostensteuern

bestimmter Wirtschaftsbereiche (Landwirtschaft, Industrie, Transportwesen u. a.) verknüpft. Spartenspezifische Eigenheiten ergeben sich schließlich noch dadurch, daß in einigen wenigen Sparten die Versicherungsnehmer — entgegen dem in der Vertragsversicherung sonst geltenden Freiwilligkeitsprinzip — gesetzlich zum Abschluß einer Versicherung verpflichtet sind. Angesichts all dieser Unterschiede überrascht es nicht, daß sich das Prämienaufkommen in den einzelnen Sparten zwischen 1959 und 1978 zum Teil recht unterschiedlich entwickelte. Am raschesten stiegen mit einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 24% die Prämien in der Rechtsschutzversicherung, in der kleinen Elementarversicherung (+23½%), in der Leitungswasserversicherung (+20%) und in der Haushaltsversicherung (+17½%); ferner wuchsen die Prämien in der Elektrogeräte-Zusatzversicherung seit 1966 — ab diesem Zeitpunkt wird diese Sparte in den Verbandsberichten gesondert ausgewiesen — mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 26%. Nur geringe jährliche Prämienzuwächse gab es hingegen in der Feuerversicherung (+10%), in der Maschinenversicherung und in der Kfz-Unfallversicherung mit jeweils +9% sowie in der Hagelversicherung (rund +7%).

Im Gegensatz zu den nahezu ausschließlich im inländischen Direktgeschäft tätigen Lebens- und Krankenversicherern erzielten die Schadens- und Unfallversicherungen auch im inländischen Rückversicherungssowie im Auslandsgeschäft beträchtliche Prämieneträge. Von den im Untersuchungszeitraum eingenommenen Prämien entfiel zwar erwartungsgemäß der überwiegende Teil (70,6%) auf die im Inland selbst abgeschlossenen Versicherungen, deren Anteil zudem seit Anfang der siebziger Jahre steigende Tendenz hatte. Immerhin stammten jedoch 12,4% der Prämien von im Inland übernommenen Rückversicherungen und 14,3% aus dem ausländischen Direktgeschäft.

Nur 2,6% der Prämien flossen aus dem indirekten Auslandsgeschäft zu, obschon es in diesem Bereich die höchsten relativen Prämienzuwächse gab.

Der verglichen mit den anderen Sparten hohe Anteil des indirekten Geschäfts bei den Schadens- und Unfallversicherungen hat sein Gegenstück in den vergleichsweise niedrigen Selbstbehaltsquoten. Im Durchschnitt der Jahre 1959 bis 1978 betrug der Selbstbehalt 77,0% des Bruttogeschäfts, wobei sich die Selbstbehaltsquote beinahe jedes Jahr erhöhte und 1978 bereits 78,6% erreichte. Dazu trugen — neben dem Umstand, daß der Selbstbehalt auch in fast allen Einzelsparten rascher expandierte als das Bruttogeschäft — Strukturverschiebungen bei. Während Sparten mit hohen Selbstbehaltsquoten (z. B. die Kfz-Haftpflicht-, die Rechtsschutz- und die Haushaltsversicherungen) überdurchschnittliche Prämienzuwächse verzeichneten, dominierten unter den langsam wachsenden Sparten solche mit niedrigen Selbstbehaltsquoten (z. B. die Feuer-, die Maschinen- und die Hagelversicherungen).

Die Nettoprämieinnahmen der Schadens- und Unfallversicherungen blieben im Berichtszeitraum mit einer Jahresrate von 13,0% hinter den vergleichbaren Leistungen (+14,3%) zurück. Diesen Unterschied glich auch das Wachstum der Vermögenserträge und -gewinne (+14,3%) nicht aus, die bei den Schadens- und Unfallversicherungen absolut nur geringe Bedeutung haben. Die Provisionen und sonstigen Organisationskosten erhöhten sich durchschnittlich um 13,9% im Jahr, die Regieauslagen (Schadenbearbeitung und -verhütung, Aufwendungen für die laufende Verwaltung, Sozialleistungen, Kostensteuern) hingegen nur um 11,1%.

Weder aus der langfristigen Entwicklung der Prämien und Leistungen noch aus ihren jährlichen Schwankungen kann bereits auf die technische Belastung in einzelnen Jahren geschlossen werden. Dies ist nur an

Schadenquoten für eigene Rechnung in wichtigen Sparten der Schadens- und Unfallversicherungen

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Feuer	45,9	49,7	47,2	40,3	37,5	41,6	40,9	40,4	40,2
Feuer Betriebsunterbrechung	28,1	68,9	33,8	27,4	20,2	16,7	42,8	31,9	29,6
Haushalt	52,5	58,2	54,2	56,6	61,0	63,5	62,6	56,9	59,1
Haftpflicht	54,9	55,0	54,2	55,1	56,3	59,2	51,3	54,4	57,5
Unfall	43,6	45,4	41,6	41,7	38,7	39,7	41,2	38,9	43,9
Kfz-Haftpflicht	78,5	75,8	78,5	80,5	79,2	81,0	78,5	75,6	71,6
Kfz-Unfall	19,3	19,4	18,8	18,0	15,9	12,4	14,2	13,3	18,1
Kfz-Fahrzeug	77,5	74,1	69,6	65,0	61,3	59,2	62,6	60,9	59,3
Einbruchdiebstahl	69,3	75,4	75,7	68,3	57,2	54,5	50,9	48,1	47,1
Maschinen	58,2	59,7	62,4	55,8	60,8	65,1	57,1	57,6	57,7
Leitungswasser	66,2	67,5	57,9	53,9	57,0	59,7	59,8	63,4	56,7
Glasbruch	42,7	41,8	43,9	44,7	45,6	46,0	47,3	43,2	42,6
Hagel	82,4	79,0	91,9	46,6	75,8	88,4	53,9	84,4	84,7
Garantie und Kredit	39,4	37,0	38,8	40,8	41,8	60,0	53,8	65,8	68,6
Transport	64,7	71,7	69,7	66,5	63,2	69,5	69,8	73,9	73,2
Rechtsschutz	34,1	39,3	40,0	42,8	39,9	42,1	46,2	44,0	51,4
Kleine Elementar	32,6	18,0	28,5	30,2	26,4	25,6	63,5	26,7	28,6
Schadens- und Unfallversicherungen insgesamt	65,6	66,0	66,1	65,0	63,4	64,6	63,6	61,4	59,9

Q: Eigene Berechnungen nach Daten aus den Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung

Hand der zeitlich abgegrenzten Prämieinnahmen und der Schadenaufwendungen (Leistungen erweitert um die Veränderungen der Schadenrückstellungen) möglich, aus denen sich jährliche Schadenquoten errechnen lassen (auf Grund der Datenlage allerdings erst ab 1970). Im vorliegenden Fall wurden die Ertrags- und Aufwandsströme um die Anteile der Rückversicherer vermindert, sodaß sich aus ihnen Schadenquoten für eigene Rechnung ergeben.

In den meisten Sparten schwankten die Schadenquoten zwischen 1970 und 1978 beträchtlich. In der gemessen am Prämienaufkommen weitaus wichtigsten Sparte — der Kfz-Haftpflichtversicherung — blieb allerdings die Schadenquote fast die gesamte Periode hindurch unverändert hoch. Das rasche Wachstum der Leistungsaufwendungen ging in der Hauptsache auf die kräftige Zunahme des durchschnittlichen Schadenaufwands je Versicherungsfall zurück, wogegen die Zahl der Schäden kaum stieg. Da sich die Lage in der Kfz-Haftpflichtversicherung trotz mehrmaliger Tarifierhöhungen nicht nachhaltig entspannte, wurde Mitte 1977, nach einer mehrjährigen Reformdiskussion, ein "Bonus-Malus-System" eingeführt¹⁷⁾.

Außer in der Kfz-Haftpflichtsparte gab es noch in der Transport- und, zumindest in der Mehrzahl der erfaßten Jahre, in der Hagelversicherung einen relativ zu den abgegrenzten Prämien überdurchschnittlich hohen Schadenaufwand. In der Kfz-Fahrzeug- sowie in der Einbruch- und Diebstahlversicherung nahmen die Schadenquoten seit Anfang der siebziger Jahre, als sie vergleichsweise hoch gewesen waren, beinahe ununterbrochen ab. Umgekehrt entwickelten sich die

Rechtsschutz- sowie die Garantie- und Kreditversicherungen; in beiden Sparten hatten die 1970 noch besonders niedrigen Schadenquoten stark steigende Tendenz.

Die sekundären Versicherungsgeschäfte

Da die Vertragsversicherungen in ihrer Eigenschaft als Kapitalsammelstellen mit den Kreditunternehmungen zum Sektor der Finanzintermediäre zusammengefaßt werden, liegt es nahe, ihre aktiv- und passivseitigen Geschäfte auch unter monetären Gesichtspunkten zu untersuchen. Die folgende Darstellung beschränkt sich auf die Entwicklung der Vermögensanlagen des privaten Versicherungssektors seit 1959 und deren Einfluß auf den Geld- und Kapitalmarkt. Ausgeklammert wird hingegen die Frage nach der Stellung der auf Versicherungsverträgen beruhenden Forderungen gegen Privatversicherungen in den Portefeuilles der privaten Nichtbanken. Dies ist ein Problem der Vermögens-, insbesondere der Geldnachfrageanalyse, auf das hier nicht eingegangen wird.

Mit der versicherungswirtschaftlichen Vermögensbildung ist ferner eine Reihe betriebswirtschaftlicher Probleme verbunden, die hier nur am Rande behandelt werden sollen. Es geht dabei vor allem um die Frage, ob die Vermögensanlagen den Anforderungen hinsichtlich Liquidisierbarkeit, Ertragskraft und Sicherheit genügen, wie sie die Ausübung der primären Versicherungsgeschäfte verlangt. Zur Klärung dieses Problems wäre eine simultane Betrachtungsweise nötig, die die Interdependenz zwischen dem eigentlichen Versicherungsgeschäft und den Anlageentscheidungen berücksichtigt. Nicht zuletzt wegen der mangelhaften statistischen Basis ist ein derartiges

¹⁷⁾ Vgl. *Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs*, Geschäftsbericht über den Zeitraum vom 1. Juli 1976 bis 30. Juni 1977, S. 13—16.

Vorgehen für den Versicherungssektor insgesamt zur Zeit nicht möglich

Das Ausmaß der Vermögensbildung bei den Versicherungen

Die Vermögensanlagen der privaten Versicherungswirtschaft¹⁸⁾ expandierten im Berichtszeitraum mit einer durchschnittlichen Rate von +14,1% jährlich und erreichten Ende 1978 75,1 Mrd S. Der "reale" (d.h. mit dem Verbraucherpreisindex 1976 deflatierte) Wert des Vermögens stieg jährlich um 8,7%. Die Kapitalbildung vollzog sich im privaten Versicherungssektor etwas langsamer als im Kreditapparat, sodaß der Anteil der Vertragsversicherungen an dem durch die Zusammenfassung beider Sektoren gebildeten Vermögensaggregat von rund 6 1/2% Anfang der sechziger Jahre auf etwas mehr als 5% Ende 1978 sank.

Für das Wachstum der Kapitalanlagen der Versicherungen sind nicht nur die Salden aus Prämieinnahmen und Ausgaben (für Leistungen und Verwaltungsaufwand) ausschlaggebend. Da die eigentliche Versicherungstätigkeit in einzelnen Spartengruppen unterschiedliche Vermögensbestände erfordert, hängt das Ausmaß der Kapitalbildung auch von Strukturverschiebungen im Versicherungssektor ab.

Die Niveauunterschiede zwischen den Vermögensbeständen in den einzelnen Versicherungsweigen sind Folge der verschiedenen Verfahren zur Finanzierung der Versicherungsleistungen. Beim sogenannten Umlageverfahren, das in den Nichtlebenssparten der Vertragsversicherungen angewendet wird, werden die Prämien in der Höhe der für das jeweilige Jahr erwarteten Ausgaben für Versicherungsleistungen und Verwaltungsaufwand festgelegt. Kapitalfonds werden bei diesem Finanzierungsverfahren nur aus zwei Gründen in nennenswertem Umfang gebildet: entweder, wenn das Geschäftsjahr nicht mit der Periode zusammenfällt, für die das Risiko gedeckt und die Prämie bezahlt ist, sodaß in der Bilanz eine Rechnungsabgrenzung notwendig wird; oder, wenn das Eintreten des Versicherungsereignisses und die Erbringung der damit verbundenen Versicherungsleistungen in verschiedene Rechnungsperioden fallen. Die in diesen Fällen akkumulierten Fonds scheinen als "Prämienüberträge" bzw. als "Rückstellungen für schwebende Versicherungsleistungen" auf der Passivseite der Versicherungsbilanz auf.

Im Gegensatz zum Umlageverfahren, das auf die Übereinstimmung von Einnahmen und Ausgaben in jeweils einer Rechnungsperiode abzielt, verlangt das Anwartschaftsdeckungsverfahren, daß zu jedem Zeitpunkt die erwarteten Versicherungsleistungen und Verwaltungskosten durch die bis dahin angesammelten Prämieingänge und die auf dieses Kapital erzielten Erträge gedeckt sind. Den zu diesem Zweck akkumulierten Kapitalfonds stehen auf der Passivseite der Bilanzen die sogenannten "Deckungsrückstellungen" gegenüber; sie spielen im versicherungswirtschaftlichen Vermögensbildungsprozeß quantitativ eine weit bedeutendere Rolle als die "Prämienüberträge" und die "Rückstellungen für schwebende Versicherungsleistungen". Das Anwartschaftsdeckungsverfahren ist in der Lebensversicherung gesetzlich vorgeschrieben und begründet deren innerhalb des Versicherungssektors dominierende Position als Finanzintermediär.

Ergänzend zu den bisherigen Ausführungen ist noch darauf hinzuweisen, daß auch außerhalb der Lebensversicherung in den HUK-Sparten (Haftpflicht-, Unfall- und Krankenversicherungen) Deckungsrückstellungen zu finden sind. Die Deckungsrückstellung der Krankenversicherung umfaßt die Alterungsrückstellungen.

¹⁸⁾ Die Anlagen werden hier ausgedrückt durch die aggregierte Bilanzsumme des Versicherungssektors. Auf Grund der unzureichenden Datenlage wurden intrasektorale Forderungen/Verbindlichkeiten nicht herausgerechnet. Dies impliziert zwar einen Niveaufehler von etwas mehr als 2%, ändert jedoch nicht die Beurteilung des Wachstums der Vermögensanlagen.

Übersicht 13

Aggregierte Bilanzsummen der Vertragsversicherungen

	Versicherungen insgesamt		Lebensversicherung		Krankenversicherung		Schadens- und Unfallversicherung	
	Mill. S.	in %	Mill. S.	in %	Mill. S.	in %	Mill. S.	in %
1959	6 122	100						
1961	8 579	100						
1963	11 233	100						
1965	14 251	100	4 863	34,1	893	6,3	8 495	59,6
1967	18 388	100	6 673	36,3	1 118	6,1	10 598	57,6
1969	23 312	100	8 785	37,7	1 447	6,2	13 081	56,1
1971	29 708	100	11 425	38,5	1 891	6,4	16 392	55,2
1973	38 670	100	15 915	41,2	2 501	6,5	20 255	52,4
1975	50 514	100	22 488	44,5	3 304	6,5	24 722	48,9
1977	65 218	100	28 927	44,4	4 535	7,0	31 756	48,7
1978	75 061	100	33 861	45,1	5 246	7,0	35 954	47,9

Q: Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung

lung, die den mit dem Alter wachsenden Krankheitskosten Rechnung trägt, sowie die Sterbegeldrückstellung. In der Unfall- und Haftpflichtversicherung werden Deckungsrückstellungen für die laufenden Renten¹⁹⁾ und die manchmal vereinbarte Prämienrückgewähr gebildet

Auf Grund der unterschiedlichen Spartenentwicklung im Primärgeschäft ergab sich im Berichtszeitraum auch bei den Kapitalanlagen eine Strukturverschiebung. Zwar hielten die Schadensversicherer auch 1978 noch den größten Teil des Versicherungsvermögens; ihr Anteil ist jedoch zwischen 1964 und 1978 von über 60% auf unter 50% gefallen. Gleichzeitig stieg der Anteil der Lebensversicherungsunternehmen am Bilanzvermögen des Versicherungssektors von rund einem Drittel auf 45%. Nur 1977 kam es zu einem nennenswerten Bruch in dieser Entwicklung. Da in diesem Jahr die 1972 in hoher Zahl abgeschlossenen fünfjährigen Lebensversicherungsverträge fällig wurden und die Auszahlungen überdurchschnittlich erhöhten, nahmen die Kapitalanlagen der Lebensversicherungen wenig zu. Die Krankenversicherungen schließlich konnten ihren Anteil am Bilanzvermögen in der Untersuchungsperiode geringfügig auf 7% erhöhen.

Die Kapitalbildung der Versicherungen wird durch die versicherungswirtschaftliche Praxis einer eher vorsichtigen Wahl der zur Ermittlung der Deckungsrückstellungen erforderlichen Rechnungsgrundlagen (Risikowahrscheinlichkeiten, Rechnungszins, Verwaltungsaufwand) gefördert. Vor allem in der Lebensversicherung wurde dieses Prinzip in der Vergangenheit noch durch den Trend zur Verringerung der Sterbewahrscheinlichkeiten gestärkt²⁰⁾. Die Versicherungsnehmer werden zwar an den durch die Differenz zwischen veranschlagten und tatsächlichen Rechnungsgrundlagen entstehenden Gewinnen zu wenigstens 85% beteiligt. Bis zu ihrer Ausschüttung, die in der Regel mit der Auszahlung der Versicherungssumme zusammenfällt, werden diese Gewinne jedoch bei den Versicherungen akkumuliert und erhöhen so die Kapitalbildung in diesem Sektor. Im untersuchten Zeitraum schwankten die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Gewinnbeteiligungen gemessen an der Deckungsrückstellung zwischen 6% und 9%.

¹⁹⁾ Zum Unterschied von der Lebensversicherung, wo die Deckungsrückstellung angesichts erwarteter Versicherungsleistungen gebildet wird, erfolgt in der Unfall- und Haftpflichtversicherung die Fondsbildung erst nach Eintritt des Versicherungsfalles wenn die daraus entstehenden Verbindlichkeiten bereits feststehen; dieses Finanzierungsverfahren wird in der versicherungswirtschaftlichen Literatur als Kapitaldeckungsverfahren bezeichnet.

²⁰⁾ Dies gilt nur, wenn die Lebensversicherung als Er- oder Ablebensversicherung betrieben wird; bei den Rentenversicherungen führt die Abnahme der Sterbewahrscheinlichkeiten zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den mit Hilfe älterer Sterbetafeln prognostizierten und den tatsächlichen Versicherungsleistungen.

Die Struktur der Kapitalanlagen

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Versicherungszweigen erfordern nicht nur verschieden hohe Kapitalbestände. Sie beeinflussen zudem die Struktur der Kapitalanlagen. Ein Grund dafür liegt in den unterschiedlichen Risikosituationen, denen sich die Versicherer gegenübersehen. In den meisten Sachsparten etwa streuen Höhe und Zeitpunkt der Versicherungsleistungen im Durchschnitt stärker um die jeweiligen Erwartungswerte, als dies in der Lebensversicherung der Fall ist. Das deshalb größere Illiquiditätsrisiko der Sachversicherungen bewirkt, daß sie ihre Portefeuilles in der Regel liquider anlegen als die Lebensversicherungen. Dazu trägt auch der Umstand bei, daß die Lebensversicherer in gewissem Umfang ein "hedging" betreiben: Durch den Erwerb langfristiger Vermögenswerte passen sie die Fristigkeitsstruktur ihrer Forderungen an jene ihrer Verbindlichkeiten an; damit sichern sie sich teilweise gegen die Zinsschwankungen ab, die während des Bestehens langfristiger Versicherungsverträge eintreten.

Ein weiterer Grund für die spartenspezifischen Unterschiede in den Vermögensdispositionen liegt in der gesetzlichen Differenzierung der Anlagevorschriften. Zur Besicherung der Deckungsrückstellungen zugelassene (deckungsstockfähige) Vermögenswerte haben vom Gesichtspunkt ihrer Sicherheit strengere Kriterien zu erfüllen als die zur Deckung der sonstigen technischen Verbindlichkeiten zulässigen Anlagen²¹⁾.

Die Anlageentscheidungen der Versicherungen hängen jedoch nicht nur von ihren durch die primäre Versicherungstätigkeit bestimmten Präferenzen bezüglich Liquidität, Rentabilität und Sicherheit der Vermögenswerte ab. Einen entscheidenden Einfluß dürften auch die Nachfrage- und Angebotsbedingungen auf den verschiedenen Märkten für Real- und Finanzkapital haben. Der eng begrenzte Kreis von Marktteilnehmern und die geringen Umsätze auf einigen dieser Märkte verzerren die Substitutionsbeziehungen zwischen konkurrierenden Anlageformen und erschweren die rasche Anpassung der tatsächlichen an die gewünschten Portefeuillebestände.

Eine dritte Gruppe von Einflußfaktoren auf das Portefeuilleverhalten der Privatversicherungen stellen die ordnungs- und ablaufpolitischen Eingriffe der Währungsbehörden in den österreichischen Finanzsektor dar. Beispiele hierfür sind etwa die Maßnahmen der staatlichen Sparförderung, die Gestaltung der Kapitalmarktpolitik oder die zeitweise Einbeziehung des Versicherungssektors in die staatliche Kreditkontrolle.

²¹⁾ Siehe dazu Versicherungsaufsichtsgesetz § 77 und § 78.

Die einzelnen Formen der Vermögenshaltung²²⁾

Der von den Privatversicherungen gehaltene Bestand an Bargeld und Einlagen bei inländischen Kreditunternehmungen ist von 0,9 Mrd S im Jahr 1959 auf 6,7 Mrd S im Jahr 1978 gewachsen. Sein Anteil an den gesamten Kapitalanlagen der Versicherungen schwankte zwischen 17½% und 8½%. Innerhalb dieses Vermögensaggregats spielen die Sicht- und Termineinlagen sowohl von den Niveaus als auch den Zuwächsen her die bedeutendste Rolle. Sie fungieren als Transaktionskasse, vor allem zum Ausgleich der Saisonschwankungen der Ein- und Auszahlungen. Daneben dienen sie zur Überbrückung des Zeitraums zwischen Mittelzufluß und zinsbringender Veranlagung. Schließlich dürfte ein Teil der auf den kurzfristigen Konten gehaltenen Mittel Spekulationen dienen und bei erwarteten Kursgewinnen auf den Kapitalmarkt fließen. Vergleichsweise langsam wuchsen in der Vergangenheit die Spareinlagen in den Versicherungsportefeuilles. Hauptgrund für ihre mäßige Bedeutung dürfte die im Untersuchungszeitraum bei Spareinlagen vorgeschriebene Respirofrist gewesen sein. Eine geringe Dynamik hatten in der untersuchten Periode auch die Bargeldbestände und Notenbankguthaben. Den Versicherungen gelang es

²²⁾ Im folgenden werden jene Aktiva vernachlässigt, die vermutlich nicht nach portfeuilletheoretischen Gesichtspunkten geplant werden und für die es außerdem keine Märkte gibt: Forderungen an Versicherungsunternehmungen aus laufenden Geschäftsbeziehungen, Außenstände bei Versicherungsnehmern und Vertretern, sonstige Aktiva

offenbar, ihre Kassenhaltung ökonomischer zu gestalten, wozu sicherlich das Vordringen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit beitrug.

Für die auffälligste Veränderung des Versicherungsportefeuilles sorgten im Berichtszeitraum der Rückgang des Anteils der Wertpapierbestände und das gleichzeitige Vordringen der direkten Forderungen²³⁾. Der Wertpapieranteil an den Kapitalanlagen sank von 30,8% im Jahr 1959 auf 22,2% 1974; danach hatte er wieder steigende Tendenz. Umgekehrt hat sich der Anteil der Direktforderungen mehr als verdoppelt und lag 1978 bei 45%. Auch gemessen an der Entwicklung des Kapitalmarkts verlor die Wertpapierhaltung der privaten Versicherungswirtschaft an Bedeutung: 1978 machten die von den Versicherungsunternehmen gehaltenen inländischen festverzinslichen Wertpapiere von fast 13 Mrd. S nicht einmal mehr 5% des Rentenwertumschlags aus, wogegen ihr Anteil in der ersten Hälfte der sechziger Jahre noch bei 10% gelegen war.

Die Verschiebung von der titrierten zur nichttitrierten Kreditgewährung ist in allen Versicherungszweigen zu beobachten. Maßgebend hierfür war vermutlich der bis vor kurzem recht geringe Entwicklungsstand des österreichischen Kapitalmarkts. Erst seit 1975, als der rezessionsbedingt hohe Finanzbedarf des Bundes das Emissionsvolumen sprunghaft steigen ließ, kann zumindest der Primärmarkt für festverzinsliche Wertpapiere selbst im internationalen Vergleich als entwik-

²³⁾ Siehe hierzu "Anlagen der Versicherungen", Monatsberichte 11/1962, S. 506

Übersicht 14

Die Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditunternehmungen (inkl. OeNB)	Wertpapiere	Beteiligungen	Bebaute und unbebaute Grundstücke	Schuldscheinforderungen und Darlehen	Polizzenvorauszahlungen	Hypothekendarlehen (mündelsicher)	Einbehaltene Depots	Kapitalanlagen insgesamt
	in Mill. S (bzw. in % der gesamten Kapitalanlagen)								
1959	914,7 (17,3)	1.632,2 (30,8)	100,4 (1,9)	1.083,2 (20,4)	1.009,3 (19,1)	18,1 (0,3)	284,6 (5,4)	256,7 (4,8)	5.299,2 (100,0)
1961	1.183,1 (15,4)	2.439,9 (32,4)	142,9 (1,9)	1.437,4 (19,1)	1.602,2 (21,3)	27,8 (0,4)	372,3 (4,9)	346,3 (4,6)	7.531,9 (100,0)
1963	1.289,6 (13,1)	3.053,1 (31,1)	152,0 (1,6)	1.824,6 (18,6)	2.383,0 (24,3)	45,9 (0,5)	487,1 (5,0)	572,7 (5,8)	9.808,0 (100,0)
1965	1.485,1 (11,9)	3.967,9 (31,7)	236,4 (1,9)	2.218,4 (17,7)	3.318,3 (26,5)	71,5 (0,6)	616,9 (4,9)	593,1 (4,7)	12.507,6 (100,0)
1967	1.563,5 (9,7)	4.701,4 (29,3)	274,0 (1,7)	2.817,6 (17,5)	5.234,1 (32,6)	126,4 (0,8)	710,1 (4,4)	640,0 (4,0)	16.067 (100,0)
1969	1.860,7 (9,0)	5.726,8 (27,8)	371,6 (1,8)	3.655,8 (17,7)	7.299,4 (35,4)	191,2 (0,9)	805,1 (3,9)	728,1 (3,5)	20.638,7 (100,0)
1971	2.199,6 (8,5)	6.588,9 (25,5)	908,6 (3,5)	4.159,9 (16,1)	9.980,7 (38,6)	248,9 (1,0)	885,0 (3,4)	856,1 (3,3)	25.827,6 (100,0)
1973	3.104,5 (9,3)	7.635,7 (22,8)	1.144,9 (3,4)	5.079,8 (15,2)	14.288,9 (42,6)	353,0 (1,1)	928,5 (2,8)	991,3 (3,0)	33.526,6 (100,0)
1975	4.196,1 (9,4)	10.816,9 (24,2)	1.174,8 (2,6)	6.646,6 (14,9)	18.887,1 (42,3)	551,5 (1,2)	1.251,5 (2,8)	1.182,1 (2,6)	44.706,6 (100,0)
1977	5.600,5 (9,7)	13.695,0 (23,6)	1.515,3 (2,6)	7.507,0 (13,0)	25.643,4 (44,2)	664,5 (1,1)	1.814,6 (3,1)	1.545,4 (2,7)	57.975,7 (100,0)
1978	6.665,3 (10,0)	15.917,0 (23,8)	1.645,8 (2,5)	8.052,5 (12,0)	30.406,6 (45,4)	792,6 (1,2)	1.981,2 (3,0)	1.528,7 (2,3)	66.990,6 (100,0)

Q: Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung

kelt gelten²⁴). 1975 stieg erstmals seit einem Jahrzehnt der Wertpapieranteil am Versicherungsvermögen wieder. Einer nachhaltigen Belebung der Wertpapiernachfrage steht allerdings das nach wie vor bescheidene Niveau des österreichischen Sekundärmarkts entgegen²⁵). Denn die vom Standpunkt institutioneller Anleger wichtigste Eigenschaft des Wertpapiers, seine rasche Liquidisierbarkeit, ist an das Bestehen eines gut entwickelten Sekundärmarkts geknüpft. Ein weiterer, die Rentenwertnachfrage der Versicherungen noch immer dämpfender Faktor ist die Dominanz des Bundes und des Kreditapparats unter den Emittenten auf dem Kapitalmarkt. Sie erschwert es den Versicherungen, beim Erwerb von Rentenwerten auf die gesetzlich geforderte Streuung der Kapitalanlagen zu achten.

Die direkten Darlehen waren nicht nur die am raschesten wachsende Anlageform des Versicherungssektors. Seit den späten sechziger Jahren dominierten sie auch absolut, und zwar in allen drei hier unterschiedenen Versicherungszweigen. 1978 erreichten sie 30,4 Mrd. S oder 45,4% des insgesamt veranlagten Vermögens. Rechnet man noch die Hypothekendarlehen und die in der Lebensversicherung üblichen Polizzenvorauszahlungen hinzu, erhöhen sich diese Werte auf 33,2 Mrd. S bzw. 49,5%. Der größte Schuldner war dabei der Sektor der privaten Nichtbanken, dessen Anteil im langjährigen Durchschnitt bei 60% lag. Es folgten die öffentlichen Stellen mit einem Anteil von 30% bis 40% und die Kreditunternehmen, auf die nur 3% bis 6% entfielen.

Der hohe Anteil der privaten Nichtbanken an den direkten Darlehen ist das Gegenstück zur geringen Präsenz dieses Sektors auf dem Kapitalmarkt und in den Wertpapierportefeuilles der Versicherungen. Beide Phänomene beruhen darauf, daß sich Direktkredite hinsichtlich Laufzeit und Betrag besser an die Bedürfnisse mittelgroßer und kleinerer Wirtschaftsunternehmen (aber auch Gemeinden) anpassen lassen und geringere Nebenkosten verursachen als Wertpapierkredite²⁶). Vom versicherungswirtschaftlichen Standpunkt spricht schließlich für die direkte Darlehensgewährung, daß die dabei mit dem Kreditnehmer begründete Geschäftsbeziehung unter Umständen auch dem eigentlichen Versicherungsgeschäft zugute kommt. 1959 entsprachen die von den Versicherungen anderen Sektoren gewährten Direktkredite rund 3% der Bankkredite an inländische Nicht-

banken, 1978 etwa 5½%²⁷). Damit nahmen die Privatversicherungen zuletzt auf dem Markt für Direktkredite in der Größenordnung eine ähnliche Stellung ein wie der Volksbankensektor. Aus währungspolitischer Sicht ist diese Entwicklung nicht unproblematisch. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß Mittelaufbringung und Kreditgewährung der Versicherungen liquiditäts- und kreditpolitische Maßnahmen der Währungsbehörden zum Teil in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigen. In der Vergangenheit veranlaßten daher die Währungsbehörden im Zuge allgemeiner Kreditrestriktionen, daß auch die Versicherungswirtschaft ihre Kreditvergabe zeitweise einschränkt²⁸).

Eine wichtige Anlageform der Versicherungswirtschaft sind die bebauten und unbebauten Grundstücke. Ihr Anteil am gesamten Bilanzvermögen nahm zwar im untersuchten Zeitraum laufend ab und betrug zuletzt nur noch rund 12%. Ihre tatsächliche Größenordnung wird in den Jahresabschlüssen jedoch stark unterschätzt, da sie dort mit ihren um die Abschreibungen verminderten Anschaffungswerten angesetzt sind. Die laufenden Wertsteigerungen bei den Realitäten führen zur Bildung vermutlich recht umfangreicher, praktisch allerdings nicht abschätzbarer stiller Reserven bei den Versicherungen. Die Veranlagung in Gebäude und Grundstücke ist im Gegensatz zu den Finanzanlagen gegen inflationäre Entwicklungen geschützt und gewinnt daher bei erwarteten Preissteigerungen an Attraktivität. Dennoch hat sich der relative Rückgang dieser Anlagekategorie in den Versicherungsbilanzen während der Inflationsperiode Mitte der siebziger Jahre nur abgeschwächt, er wurde jedoch nicht gestoppt.

Ähnlich dem Liegenschaftserwerb schützen auch Beteiligungen an anderen Wirtschaftsunternehmen vor inflationsbedingtem Realvermögenseinbußen. Da sie ebenfalls höchstens zum Anschaffungswert bilanziert werden dürfen, sind die in Übersicht 14 angegebenen Anteile vermutlich stark unterbewertet. Allerdings ist zu beachten, daß die ausgewiesenen Beteiligungen in überwiegendem Maße Folge der innersektoralen Verflechtungen in der Versicherungswirtschaft sind. Die Bereitstellung von Risikokapital an Wirtschaftsunternehmen außerhalb des Versicherungssektors spielt demgegenüber eine vergleichsweise geringe Rolle.

Eine versicherungsspezifische Vermögensform sind die einbehaltenen Depots. Sie entstehen bei Unternehmungen, die auch als Rückversicherer tätig sind, dadurch, daß die Erstversicherer Teile der Rückversicherungsprämien zurückhalten, um sie

²⁴) Vgl. H. Handler, Institutionen und Strukturen des österreichischen Kapitalmarktes, Monatsberichte 2/1980, S. 54f.

²⁵) So sind etwa in der Bundesrepublik Deutschland die auf den Rentenwertumlauf bezogenen Umsätze inländischer festverzinslicher Wertpapiere an der Börse allein höher als in Österreich die entsprechenden Umsätze insgesamt (also an der Börse und bei den Kreditunternehmen).

²⁶) Das Kostenargument gilt nach der Einführung der sogenannten Kreditsteuer im Jahr 1977 wahrscheinlich nur noch in abgeschwächter Form.

²⁷) In den direkten Darlehen der Versicherungen sind auch solche an das Ausland enthalten. Ihr Betrag fällt jedoch nicht ins Gewicht.

²⁸) Kreditbeschränkungen für die Versicherungen gab es bisher in den Jahren 1955 und 1956 sowie von Ende 1972 bis Ende 1975.

Übersicht 15

Vermögensrenditen der Vertragsversicherungen¹⁾

	Lebens- versi- cherung	Kran- kenver- siche- rung	Scha- dens- und Un- fallversi- cherung	Versi- cherun- gen ins- gesamt	„Reale“ Rendite der Versi- cherun- gen ins- gesamt ²⁾
	in %				
1961				6,2	2,7
1963				6,2	3,5
1965	7,1	5,5	5,5	6,1	1,2
1967	6,9	5,3	6,3	6,5	2,5
1969	7,0	5,8	6,7	6,8	3,8
1971	7,3	5,9	6,8	6,9	2,2
1973	7,3	5,9	7,1	7,1	-0,4
1975	8,4	7,3	7,8	8,1	-0,3
1977	8,9	7,7	7,8	8,3	2,8
1978	8,7	8,2	8,0	8,3	4,7

Q: Eigene Berechnungen - ¹⁾ Vermögenserträge und -gewinne (abzüglich Kosten der Vermögensverwaltung) bezogen auf die durchschnittlichen jährlichen Kapitalanlagen - ²⁾ Nominelle Rendite der Versicherungen abzüglich der Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex

selbst zu verwalten. Es handelt sich daher bei den einbehaltenen Depots um rein innersektorale Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Ihre Entwicklung ist naturgemäß eng mit jener des Rückversicherungsgeschäfts verknüpft. Die Abnahme des Anteils der Depotforderungen seit Mitte der sechziger Jahre erklärt sich deshalb aus dem relativen Rückgang des indirekten Versicherungsgeschäfts.

Die Rentabilität der Kapitalanlagen

Aus den aggregierten Daten der "Versicherungsstatistik" läßt sich die Rentabilität der Kapitalanlagen nur ungenau bestimmen. Es sind zwar die Vermögenserträge und -gewinne in den drei Hauptversicherungszweigen ausgewiesen, nicht jedoch die zur Berechnung methodisch einwandfreier Renditen erforderlichen Gebäudeabschreibungen und Aufwandszinsen. Die in Übersicht 15 angegebenen Renditen²⁹⁾ dürften daher um rund einen Prozentpunkt gegenüber "richtig" berechneten Vermögensrenditen erhöht sein. Allerdings wirkt dieser datenbedingten Überschätzung der Vermögensrentabilität in der Regel eine, wenn auch kaum quantifizierbare Unterschätzungstendenz entgegen. Denn auf Grund des im Handelsrecht geltenden Niederstwertprinzips haben die vor allem bei hoher Inflation bedeutenden Wertzuwächse bei Realitäten und Beteiligungen auf die rechnermäßigen Renditen keinen Einfluß. Bei deren Interpretation ist

daher Vorsicht geboten: Sowohl das Niveau als auch die Schwankungen der Renditen hängen maßgeblich von den Bewertungsvorschriften und den bilanzpolitischen Maßnahmen der Unternehmungen ab.

Aus den vorliegenden Berechnungen geht hervor, daß die nominellen Renditen zwischen 1965 und 1978 in allen drei Hauptversicherungszweigen steigende Tendenz hatten. Die Zunahme war in den Schadens- und Unfallsparten sowie in der Krankenversicherung stärker als in der Lebensversicherung. Der Anstieg der nominellen Renditen reichte jedoch nicht aus, in den Jahren hoher Inflation Mitte der siebziger Jahre für eine stetige Entwicklung der "realen" (d. h. um die Inflation bereinigten) Rentabilität der wirtschaftlichen Kapitalanlagen zu sorgen.

Peter Szopo

²⁹⁾ Die Rendite r der Periode t errechnet sich nach der sogenannten Hardy-Formel aus

$$r_t = \frac{2 J_t}{V_{t+1} + V_t - J_t}$$

Dabei steht J_t für die jeweiligen Vermögenserträge und -gewinne und V_t für den Vermögensstand. Siehe etwa E. Zwinggi: Versicherungsmathematik Basel 1945 S. 115f.